

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 110.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 20. September 1906.

Abgeliefert im „Korr.“-Folien: die viergeheftene
Stempelpresse 25 Pfennig;
Versammlungsabgeliefert sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

44. Jahrg.

Mit Nr. 114 des „Korr.“ schließt das dritte Quartal und erinnern wir darum, das Abonnement pro viertes Quartal — Preis 65 Pf. — rechtzeitig erneuern zu wollen. Reklamationen etwaiger Nachzügler können unter keinen Umständen Berücksichtigung finden, weshalb nur pünktliche Bestellung bei der Post die Gewähr einer geregelten Lieferung bietet.

Verkürzung der Arbeitszeit.

Jene Periode liegt ziemlich weit zurück, wo die kampfbereite Buchdrucker-Gesellschaft für den Neunstundentag manifestierte und am Ende auch dafür eintrat. Die Situation im Gehilfenlager war im Jahre 1891 eine von der gegenwärtigen in manchen Punkten abweichende; es wurde damals nur das eine Bedürfnis empfunden, die Kollegenschaft durch die beantragte Verkürzung der Arbeitszeit einerseits auf eine höhere Stufe zu bringen und zum andern die Arbeitslosigkeit einzudämmen, wobei die materiellen Forderungen, damals fast ebenso notwendig als heute, vollständig in den Hintergrund traten, was ganz unzweifelhaft durch die eine Tatsache bestätigt wird, daß eine bei den Tarifverhandlungen von Prinzipalsseite proponierte Erhöhung der Grundpositionen um 7 1/2 Proz. (allerdings ohne die heiß ersehnte Arbeitszeitverkürzung) seitens unserer Tarifvertreter abgelehnt werden mußte, weil sich die Gehilfenschaft mit letzterer Forderung viel zu sehr einig war. Und wenn je ein Kampf mit idealer Begeisterung geführt worden ist, so war es jener der deutschen Buchdrucker-Gehilfen im Jahre 1891/92. Der Ausgang desselben ist bekannt, und ebenso bekannt dürfte es sein, daß uns die verkürzte Arbeitszeit vier Jahre später als reife Frucht dieses Kampfes in den Schoß fiel. Ich halte ausdrücklich an der Auffassung fest, daß der Streik von 1891/92 für das Gelingen dieser 1896 erneut gestellten Forderung von ausschlaggebender Wirkung gewesen ist.

Für die spätere Tarifrevision vom Jahre 1901 wurde es als ganz selbstverständlich aufgefaßt, wenn das rein Materielle im Vordergrund der Gehilfenforderungen zu finden war, und zwar schon deshalb, weil innerhalb der letzten 15 Jahre eine Erhöhung der Grundpositionen von nur 2 1/2 Proz. stattgefunden hatte; da war es allerdings natürlich, zunächst einmal der Wagenfrage zu gedenken, um die inzwischen eingetretene Verteuerung aller Produkte durch Erhöhung der Einnahmen wenigstens zu einem kleinen Teile auszugleichen. Die vor fünf Jahren genährte tarifliche Aufbesserung von 7 1/2 Proz. hat darum auch allenthalben Befriedigung erweckt, wenigstens nicht alle Kollegen derselben teilhaftig geworden sind, was wohl auch für die Folge kaum anders werden dürfte, obgleich das Gegenteil lebhaft zu wünschen ist.

Die bevorstehende Tarifrevision hat die materiellen Forderungen der Gehilfenschaft infolge einer beispiellosen Lebensmittelverteuerung wiederum in den Vordergrund treten lassen, was ich ganz in der Ordnung finde, aber etwas mehr Nachdruck als wie in den diversen Berichterstattungen gesehen, vertritt die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit ganz sicherlich, denn es ist zweifellos eine sehr wichtige und dabei die ebelste Forderung, die wir überhaupt stellen können, das beweist schon der Kampf allein, der vor 15 Jahren um sie geführt wurde. Über damals war das Terrain für die Möglichkeit einer verkürzten Arbeitszeit bei weitem schwieriger als in gegenwärtiger Zeit, wo alles und jedes auf die Reduktion der Arbeitsstunden hinstreut: in staatlichen und kommunalen Betrieben und nicht zuletzt in den Arbeiterkorporationen aller Grade. Die überall wahrnehmbare Revolution in technischer Hinsicht hat auch das Buchdruckgewerbe nicht verschont, und so sehen wir hier in der Handhabung der Arbeitsmittel eine Verbesserung die andre ablösen, die ganz ausschließlich in den Dienst und Gewinn des Unternehmens gestellt sind. Die Kollegen haben weiter nichts von allen diesen Neuerungen, als daß sich ihre Intelligenz mehr als früher betätigen muß, um den Kampf um das bisherige Existenz erfolgreich bestehen zu können. Die durch die moderne Produktion veranlaßte vermehrte geistige und physische Kräfteinanspruchnahme des einzelnen drängt daher ganz von selbst auf die Verminderung der Arbeitszeit hin, weshalb eine Tarifrevision inmitten der angezeigten gewerblichen Veränderungen auf Seite der Beteiligten ganz besondere

Hoffnungen in dieser Richtung erwecken muß. Eine Propaganda für die weitere Verkürzung der Arbeitszeit erscheint um so mehr als zeitgemäß, als der Buchdruckerarbeiter von heute die vielseitigen nachteiligen Wirkungen der vermehrten Industrialisierung unseres Berufes tagtäglich zu kosten bekommt in Form strenger Geschäfts- und Arbeitsordnungen, von denen manche es dahin gebracht haben, daß der einzelne Angestellte nur mehr einer Nummer gleichkommt, die mittels einer genial erdachten Uhr ihre Regelung findet. Daneben wird noch eine ausgedehnte Buchführung gefordert über die auf jede Arbeit verwendete Zeit — gewiß eine nervenzerrüttende Tätigkeit, der mit 8 1/2 Stunden hinreichend gebient ist. Und wenn dann die große Masse der Gehilfenschaft an jedem Tage die durch allerlei Dünste geschwängerten Arbeitsräume eine halbe Stunde früher verlassen könnte als gegenwärtig, so ist ihr selbst und unseren sämtlichen Klassen der vornehmste Dienst erwiesen. Dann wird jeder einzelne Kollege ganz besonders inne, daß der Kampf seiner Organisation um verbesserte Lebensbedingungen kein vergeblicher gewesen ist, denn die verkürzte Arbeitszeit gilt für alle und wird daher ihre wohlthätige Wirkung ganz allgemein äußern.

Die Notwendigkeit und Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung ließe sich zwar in weit erschöpfenderer Form nachweisen, man brauchte dabei nur die fabelhafte Leistungsfähigkeit des Maschinenmaterials ins Feld zu führen, aber diese wenigen Auslassungen dürften an unsere Tarifvertreter den Ruf als gerechtfertigt erscheinen lassen. Bringt uns die verkürzte Arbeitszeit mit!

E. K.

Im Zeichen der Tarifrevision!

Nur kurze Zeit noch und der Tarifausschuß — die berufenen Vertreter beider Parteien im Gewerbe — wird Eintrich halten in die Mauern Berlins, um in ersten und arbeitsreichen Verhandlungen ein neues Gewerbegesetz zu schaffen. Die Augen der Kollegenschaft allerorten in Deutschland sehen mit Spannung demselben entgegen. Kein Wunder! Ist es doch die höchste Zeit, daß die materielle Seite des Tarifes eine Aufbesserung erfährt. Und auch die anderen, mehr oder minder wichtigen Positionen erheischen dringend einer Neuordnung, vor allem die Arbeitszeit sowie die Ueberstunden. Diese ideale Seite ist schon im Interesse der Konditionslosen dringend geboten.

Durch eine zielgelote Wirtschaftspolitik des Staates in den letzten Jahren ist die materielle Lage der Arbeiter im allgemeinen und die der Buchdrucker im besondern aufs äußerste herabgedrückt, hieweil es uns nicht möglich war, infolge der fünfjährigen Tarifdauer an unsre Prinzipalität heranzutreten. Eine fast überall angeregte Bitte um Teuerungszulagen wurde nahezu allgemein mit dem Hinweis auf die bevorstehende Tarifrevision abschlägig beschieden. Es bleibt deshalb nur zu wünschen übrig, daß die Prinzipale nun auch wirklich für unsere minimalen Ansprüche und Wünsche Verständnis zeigen werden.

Die diesmalig gezeigte Taktik zu den Tarifberatungen kann nur in weitgehendem Maße gebilligt werden. Was die Erhöhung der Grundpositionen um 15 Prozent anbelangt, so dürfte das als ein nicht zu hoch bemessener Satz gelten, denn er würde noch gar nicht hinreichen, die stattgehabte allgemeine Teuerung auszugleichen, viel weniger spezielle Verhältnisse an einzelnen Orten. Aber schon hier werden wir uns jedenfalls auf Konzeptionen einlassen müssen, da ja bekanntlich Antrag und Vertrag zwei verschiedene Dinge sind. Um so mehr müssen wir unser Augenmerk auf die Lokalaufschläge richten, denn es heißt nun einmal für uns Gehilfen in dieser kritischen Zeit der Verteuerung aller Lebensmittel: Brot, mehr Brot! Denn so ist der Lohn für die meisten Familienväter zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. tritt dann noch dazu Arbeitslosigkeit, so ist die Lage eines verheirateten, vielleicht gar zum Minimum entlohten Kollegen erst recht nicht benedictenswert. Unsre Prinzipalität wird die Probe aufs Exempel machen müssen, ob sie gewillt ist, den Frieden im Gewerbe aufrecht zu erhalten.

Da nun die bisherige Form der Lokalaufschläge schon lange keine einheitliche und gerechte mehr ist, so ist ja anerkennenswerterweise ein anderer Modus in Antrag gebracht worden; nämlich sie sollen in Einklang mit dem

Servistarife des Deutschen Reiches gebracht werden, und zwar mit sinnemäßigen Abtufungen. Der Antrag hat viel für sich, da durch denselben die Lokalaufschläge generalisiert würden.

Auch hat Kollege W. W. in Nr. 98 des „Korr.“ denselben Vorschlag gemacht und zugleich ein Einteilungsverzeichnis der Städte in die verschiedenen Klassen bekannt gegeben. Jedoch hält er es nicht für angebracht, daß innerhalb einer Klasse nochmals Abtufungen stattfinden. Dagegen muß ich mich in aller Form wenden; denn da spielen doch die örtlichen Verhältnisse der einzelnen Städte eine zu große Rolle. Der Tarifantrag ist unbedingt hochzuhalten, sonst würde sich im Gegensaße zu der bisher fast überall stattfindenden „Landsflucht“ eine „Großstadtflucht“ nach dem Lande, d. h. den kleineren Städten mit demselben Zuschlage und billigeren Lebensbedingungen stattfinden. Und das würde man gewiß keinem Kollegen verargen können.

Nach jeder Einteilung würde z. B. im ersten Kreise die Stadt Kiel mit ihrem jetzigen 20prozentigen Lokalaufschlag nicht höher bemerkt werden als Städte mit niedrigerem bis herab zu Osnabrück mit nur 2 1/2 prozentigem Zuschlage. Das wäre doch ein zu großer Unterschied, da die Höhe von 20 Prozent doch wohl zur Genüge beweist, welche abnorm hohen Teuerungsverhältnisse hier schon 1901 herrschten. Und daß die Teuerung hierorts in den letzten Jahren in ganz erschreckendem Maße zugenommen hat, davon können die hiesigen Kollegen ein Vieches singen. Kiel als Marinestadt steht in keinem Falle Berlin und Hamburg nach, die schon seit vielen Jahren 25 Prozent haben. Im Gegenteil, die Lebensverhältnisse sind hier noch weit teurer wie in Hamburg, und auch an die exorbitant hohen Steuern hierorts reichen diejenigen Hamburgs speziell und auch die von Berlin lange nicht heran. Auch die Wohnungen sind hier genau so teuer. Wer die Verhältnisse kennt, wird das bestätigen können. Natürlich hat überall eine abnorme Preissteigerung Platz gegriffen, aber jedenfalls in Kiel in ganz bedeutendem Maße. Dafür sorgen schon die kaiserliche Marine in erster Linie und die vielen Werften. Auch wird Kiel immer mehr und mehr zu Kongressen ausersehen. Dieser kolossale Fremdenzufluß bewirkt hier eben diese erschreckende außergewöhnliche Teuerung. Dazu kommt das sehr ungeliebte Wachstum der Stadt, wie das wohl bei keiner zweiten Stadt im Reich der Fall ist. Es ist daher dringend nötig, daß wir hier die beantragten 25 Proz. Lokalaufschlag erhalten, und daß die Stadt Kiel in dem Falle, daß die Serviseinteilung angenommen wird, von vornherein zur Klasse A gerechnet wird.

An unseren Tarifvertretern im Tarifausschuße wird es nun liegen, das Beste in jeder Hinsicht für uns Gehilfen herauszuschälen. Eine schwere Arbeit harret ihrer, aber sie mögen eingebelt sein, daß eine starke und willens-tätige Kollegenschaft hinter ihnen steht, um eventuell ihren Bemühungen Nachdruck zu verleihen.

An der Kollegenschaft Deutschlands wird es dann liegen, die geernteten Früchte sicher und mit Takt in den Taschen des Gewerbes hineinzuführen und für deren Bestand Sorge zu tragen.

Hoffen wir also, daß es gelingen möge, den neuen Tarif zu einem günstigen Abschluß zu bringen, allen zum Wohle und dem Gewerbe zum Nutzen, daran die Prinzipale ja auch partizipieren, das mögen letztere bedenken.

Kiel.

-st-

Das Verzeichnis der tariffreien Druckereien.

Ungeachtet der bevorstehenden Tarifrevision halte ich es für angebracht, einmal auf einen Mißstand hinzuweisen, der das Verzeichnis der tariffreien Buchdruckereien betrifft.

Wenn man das Verzeichnis einer gründlichen Durchsicht unterzieht, so wird man darin eine ganze Anzahl kleinster Geschäfte finden, die noch nie oder höchstens einmal wenige Wochen oder gar nur Tage einen Gehilfen beschäftigten, dafür aber fortgesetzt bemüht sind, dafür zu sorgen, daß der Nachwuchs in unserem Gewerbe nicht allzu knapp wird. Sie halten stets einen oder zwei Lehrlinge, die nach beendeter Lehrzeit sofort auf die Straße gesetzt werden, um neuem Nachwuchs Platz zu machen

Bekannt ist außerdem, daß gerade solche kleinere Geschäfte eine Konkurrenz treiben, die haarsträubend ist.

Süßig sind es Kompaniegeschäfte: der eine „Chef“ fest, der andre brückt; der ober die Lehrlinge drehen die Maschine und besorgen die „laufenden“ Geschäfte. Die Geschäftsunkosten sind dadurch auf das allergeringste Maß herabgebracht, zumal da die Herren Chefs sich als Erlös ihres Geschäftes gern mit dem Minimum begnügen. Ich bin in der Lage, mit Preisen aufzuwarten, die von solchen „tariftreuen“ Firmen für ihre Arbeiter gefordert wurden, die aller Berufst und allem geschäftlichen Anstande ins Gesicht schlagen. Es entsteht dadurch ein wilder Konkurrenzkampf, der nicht ohne Folgen für die Gehilfen bleiben kann.

Durch die Tarifgemeinschaft soll doch eine Besserung auch in den Konkurrenzverhältnissen herbeigeführt werden, aber das Verlangen vieler der geschäftlichen Kleinsten Druckereien läuft diesem Bestreben direkt entgegen. Durch die schriftliche Anerkennung des Tarifes bekunden die Firmeninhaber in erster Linie ihre Bereitwilligkeit, für die Ordnung im Gewerbe zum allgemeinen Wohl einzutreten. Sie bringen hierfür auch gewisse Opfer. Wenn Inhaber kleinerer Firmen den Tarif schriftlich anerkennen, so tun sie dies meist, um im trüben zu fischen. Sie bezürhen sich Behörden gegenüber auf ihre Tariftreue, bringen selber aber für den Tarif nicht die geringsten Opfer, befehligen sich vielmehr bei Privatarbeiten der größten Schmutzkonkurrenz.

Deshalb meine ich, solche Firmen gehören nicht in das Verzeichnis tariftreuer Druckereien hinein. Wenn auch die Zahl der tariftreuen Geschäfte hierdurch etwas geringer wird, so erhält doch das Verzeichnis einen erhöhten Wert, da es alsdann nur wirkliche Tariftreuer enthält.

Bei der schriftlichen Anerkennung des neuen Tarifes sollte man daher alle jene Geschäfte übergehen, die nicht wenigstens in jedem Jahre einen Gehilfen mindestens während der flotten Geschäftsperiode beschäftigt haben. Geschäfte, die nur vorübergehend einen Gehilfen beschäftigen, dabei aber mehr als einen Lehrling halten, sollten konsequent von der Aufnahme in das Verzeichnis ausgeschlossen bleiben.

Durch ein solches Verfahren würde man die Anständigen unter den „Kleinen“ nicht treffen, wohl aber die Parasiten, und die zu schonen und sie der Öffentlichkeit gegenüber als Freunde der gewerblichen Ordnung hinstellen haben weder Prinzipale noch Gehilfen ein Interesse.

(So, wie es der Verfasser des vorstehenden Artikels will, läßt sich die Sache nicht regeln; die Wdhilfe für die beregten Mißstände liegt auf einem andern Gebiete. Redaktion.)

Unser Tarif und die Provinz.

Schon oft sind Klagen laut geworden, speziell von Berlin aus, über den großen Zufluß von Gehilfen aus der Provinz. Die Großstadtkollegen mögen sich ja hierdurch in ihrer Existenz bedroht fühlen, aber gar zu zünftig dürfen wir Buchdrucker denn doch nicht werden, das Recht der Freizügigkeit wollen wir uns doch nicht verkümmern lassen!

Treten wir nun einmal den Ursachen dieser Wanderung nach den Großstädten näher. Die herrschenden Löhnsverhältnisse werden ebenso in der Provinz empfunden wie in den Großstädten. Die Zeiten sind längst vorüber, wo man in den sogenannten „Kaffs“ die notwendigen Produkte, wie Butter, Eier usw., halb geschenkt erhielt. Heutzutage ist es manchmal kaum möglich, dort, wo diese schönen Sachen gewonnen werden, diese für teures Geld zu erhalten, weil die Herren Landleute ihre Erzeugnisse lieber an gros an Händler und Verkäufer verkaufen. Ich stelle die Behauptung auf, daß man fast sämtliche für den Lebensunterhalt nötigen Artikel in den größeren Städten durch Vermittelung der Konsumvereine und Warenhäuser billiger und teilweise besser einkaufen als in den kleinen Städten durch die Krämer, die noch mit einem Gewinne von 20 bis 25 Prozent arbeiten. Als einziges Moment kommen die Wohnungen in Frage, die wohl in der Kleinstadt erheblich billiger sind; aber auch hier ist in den letzten Jahren ein merklicher Wandel zum Schlechten eingetreten; heute muß der Kleinstadtkollege aus 180 bis 200 Mk. für eine Wohnung von zwei Zimmern ausgeben. Da können sich die Großstadtkollegen ja selbst die Differenz ausrechnen. Aber noch ein weiteres kommt für die Provinzler in Betracht, und zwar speziell für die verheirateten Kollegen. Gewöhnlich bestehen in diesen kleinen Orten nur eine oder höchstens zwei in Betracht kommende Druckereien. Will nun der verheiratete Kollege nicht alle Augenblicke einen Umzug vornehmen, so muß er sich schon manches gefallen lassen, was der Großstadtkollege vielleicht Friererei oder Schustererei nennen würde. Weiter ist dem frechsamem Kollegen in der Großstadt in manderlei Beziehung durch die Vorträge und durch die Unterrichtsvereine Gelegenheit geboten, sich technisch weiter auszubilden.

Was wird den Provinzler nun als Gegenleistung für all diese Nachteile geboten? Ein Minimum von 22,50 Mk., und teilweise existieren sogar noch die ominösen Ausnahmestimmungen! Nun ist für die kommende Erneuerung des Tarifes die Forderung der Erhöhung der Grundpositionen um 15 Proz. gestellt worden. Die Gehilfenvertreter dürfen nun meines Erachtens gerade bei diesem Punkte kein Haar breit zurückweichen, hier dürfen keine Konzessionen gemacht werden; denn das zum Leben Nötige sollen und müssen doch auch die Provinz-Kollegen haben! Es ergibt sich hieraus die Frage: Sind

die Provinzprinzipale auch in der Lage, den erhöhten Tarif zahlen zu können? So viel ich beobachtet habe, ist die Konkurrenz in den kleinen Städten lange nicht so scharf wie in den Großstädten. Es gibt hier in Schleswig-Holstein in den kleinen Orten recht ansehnliche Druckhäuser und sogar Kunstanstalten, die aber zum weitaus größten Teile ihre Aufträge aus den benachbarten größeren Städten holen — eben weil sie billiger liefern, und dies ist ihnen nur möglich, weil sie weniger Lohn zu zahlen brauchen. Es geht den Herren Provinzdruckern recht gut; man merkt in den meisten Fällen nichts davon, daß sie selbst mit Hand anlegen müssen, wie es sonst doch bei den kleinen Meistern des Handwerks der Fall ist. Darum ist es auch nicht mehr wie recht und billig, daß den Arbeitern in der Provinz auch das gewährt wird, was sie zum Leben haben müssen. Wird diese Forderung erfüllt, d. h. wird das Hauptgewicht bei der Tarifberatung auf die Erhöhung der Grundpositionen gelegt, dann wird auch mehr der Zug nach der Großstadt aufhören.

Hamburg.

J. B.

Zur Regelung der Lokalaufschläge.

Wenn von Arbeitnehmerseite zur Festsetzung der Lokalaufschläge Stellung genommen wird, so ist es doch ohne weiteres klar, daß der Betreffende mit seinen Vorschlägen das Beste für sich und seine Kollegen damit bewirkt, und dies ist selbstverständlich auch meine Absicht gewesen, als ich zu obiger Frage Stellung nahm. Mein Vorschlag ging dahin, bei der Festsetzung der Lokalaufschläge die ortsüblichen Tagelohnsätze der Berechnung zugrunde zu legen. Ganz willkürlich hatte ich hierbei die Tagelohnsätze von 2 bis 4 Mk. als augenblicklich bestehend angenommen und vorgeschlagen, bei Orten mit 2 Mk. Tagelohnsatz das Minimum gelten, bei 2,20 Mk. einen Lokalaufschlag von 2½ Proz. eintreten zu lassen, bei dann in Abstufungen von 20 Pf. bis 25½ Proz. bei dem angenommenen höchsten ortsüblichen Tagelohnsatze steigen würde. Aus dieser meiner willkürlichen Annahme der Sätze von 2 bis 4 Mk. glaubt nun Kollege W. W. in W. meinen Vorschlag überhaupt verwerfen zu müssen, und zwar aus dem Grunde, weil, wie er in seiner Erwiderung auf meine Ausführungen in Sperdruck kundgibt, es einen Tagelohnsatz von 4 Mk. im ganzen Deutschen Reich zu jetzt nicht gibt. Trotz dieser Feststellung kommt Kollege W. W. aber noch dazu, meine willkürlichen Sätze von 2 bis 4 Mk. in Verbindung mit den tatsächlichen ortsüblichen Tagelohnsätzen zu einer Tabelle zu verwenden, die allerdings sehr leicht zusammenzustellen war, aber doch gänzlich unangebracht ist. Schön ist es nicht, Herr Kollege, auf diese Weise zu widerlegen. Ganz gut wäre es ja, wenn der Tagelohnsatz von 4 Mk. schon erreicht wäre, aber für meine Berechnung notwendig ist er nun gerade nicht. Nach dem mir vorliegenden Jahrbuche der Arbeiterversicherung von Obbe-Schindler (allerdings von 1905) ist Bremerhaven mit dem höchsten Tagelohnsatze von 3,60 Mk. angegeben; dieser Satz würde also als Höchstgrenze für meine Berechnung gelten müssen. Da die Tagelohnsätze nun aber bis zu 1,20 Mk. für Städte (Vandenberg und andere) heruntergehen, so könnte der Lokalaufschlag schon mit 2 Mk. beginnen und würde steigen in folgender Weise: 2 bis 2,10 Mk. 2½ Proz., 2,10 bis 2,20 Mk. 5 Proz., 2,20 bis 2,30 Mk. 7½ Proz., 2,30 bis 2,40 Mk. 10 Proz., 2,40 bis 2,60 Mk. 12½ Proz., 2,60 bis 2,80 Mk. 15 Proz., 2,80 bis 3 Mk. 17½ Proz., 3 bis 3,30 Mk. 20 Proz., und 3,30 bis 3,60 Mk. 25 Proz. Daß nun für Berlin und Hamburg, weil mit Tagelohnsätzen von 2,90 resp. 3 Mk. verzeichnet, der schon jahrgangstelang dort bestehende Lokalaufschlag von 25 Proz. auf 17½ Proz. zurückrevidiert werden muß, das ist denn doch wohl gänzlich ausgeschlossen und würde auch wohl kaum von Prinzipalseite verlangt werden. Sollen aber die Tagelohnsätze unbedingt als Grundlage für die Festsetzung der Lokalaufschläge gelten, dann wäre es schließlich aber auch gerecht, wenn man dem Orte mit 3,60 Mk. Tagelohn, also dem dreifachen des niedrigsten Satzes (1,20 Mk.), eine Erhöhung des Minimums um ein Drittel (33½ Proz.) zubilligen würde. Hierdurch würden dann wieder zwei neue Lokalaufschläge (33½ und 30 Proz.) geschaffen werden, und Berlin und Hamburg würden bei der obigen Berechnungsweise zu ihren jetzigen 25 Proz. kommen. Als neue Sätze müßten dann bei meiner Berechnung 2,50 bis 2,60 Mk. und 2,60 bis 2,70 Mk. eingefügt werden. Daß nun aber eine Erhöhung des Lokalaufschlages von 15 Proz. auf 33½ Proz., wie sie bei Bremerhaven nunmehr eintreten müßte (hinzukäme ja auch noch die Erhöhung der Grundposition um 15 Proz.), nicht kurzerhand bei der diesmaligen Tarifberatung möglich ist, dürfte wohl jedem einleuchten; hierfür müßte eben eine Uebergangszeit in Betracht gezogen werden. Diese Uebergangszeit würde sich auch bei der Berechnung nach dem Servistarif nötig machen, denn auch Worms, — Ihr Wirkungskreis, Kollege W. W. — müßte einen sehr hohen Sprung beim Lokalaufschlage, von 2½ Proz. auf 20 Proz., welchen Zuschlag Sie wohl für die erste Klasse in Aussicht nehmen, machen. Aufzünden hätte die Tarifbehörde sich dann noch mit den beiden Mecklenburg, deren Behörden einen einseitigen Tagelohnsatz für alle Orte — hier kann man wohl sagen: willkürlich — festgesetzt haben. In dem von mir angezogenen Jahrbuche von 1905 hat Mecklenburg-Schwiner allerdings noch einen unterschiedlichen Tagelohnsatz aufzuweisen. Wie in so manch anderer Beziehung, so macht Mecklenburg auch bei der Festsetzung der Tagelohnsätze eine Ausnahme. Doch auch hier würde sich wohl ein Ausweg finden lassen, denn: Wo ein Wille, da ist auch ein Weg! Mit der Zeit wird

man auch in Mecklenburg dazu kommen, wie es in anderen Bundesstaaten der Fall ist, daß bei der Revision der Tagelohnsätze auch die Hauptbeteiligten, die Arbeitnehmer, gehört werden. Gerade die Tatsache, daß die Arbeiterschaft in neuerer Zeit in dieser Beziehung Fortschritte gemacht hat und in Zukunft weiter machen wird, und ferner, weil der Servistarif Orte mit langjährig hohen Tagelohnsätzen noch in der dritten Klasse aufführt, läßt mich annehmen, daß der ortsübliche Tagelohnsatz als Grundlage bei der Festsetzung der Lokalaufschläge den Verhältnissen der einzelnen Orte mindestens in demselben Maße Rechnung tragen wird wie der Servistarif. W. B.

Die Lokalaufschläge.

Bei der Betrachtung der unterschiedlichen Bohminima, wie sie die einzelnen Städte aufweisen, wird man zu der Auffassung gedrängt, daß bei Festsetzung der örtlichen Aufschläge nicht immer mit gerechtem Maße gemessen worden ist, weil sonst die Mißverhältnisse nicht so sehr arg in die Erscheinung treten könnten. So ist mir die Großstadt N. mit 240000 Einwohnern bekannt, die sich des gleichen Bohminimums „erfreut“ wie das kleine Städtchen M., obwohl es doch einleuchten muß, daß schon in puncto Wohnungsmieten hier starke Gegensätze auftreten müssen. Diese beiden Orte waren seinerzeit beim Kreisamte um Erhöhung ihrer Lokalaufschläge eingekommen mit dem überausenden Resultate, daß die Großstadt mit damals 230000 Einwohnern mit 10 Proz. und die Kleinstadt mit etwa 50000 Einwohnern 12½ Proz. erhielt, wozu letztere Satz das Tarifamt nachträglich auf 10 Proz. ermäßigte. Manche Kreisämter zeigten eben einen ganz eigenartigen Bewilligungseifer, welcher zu mancherlei Erbitterung direkten Anlaß bot. Auch von Gehilfenseite wird nicht immer objektiv verfahren, wenn es gilt, die Notwendigkeit der Einführung eines Lokalaufschlages zu „begründen“. Zu diesem Zwecke lag dem Kreisamte ein Steuerzettel vor, der ob seiner Höhe zur Bewilligung von 7½ Proz. Lokalaufschlag führte. Das Tarifamt griff auch hier korrigierend ein und besetzte es bei 5 Proz. Der genannte Steuerzettel zeigte aus dem Grunde eine ziemlich Summe, weil in jenem Orte die Schulgeldfreiheit besteht, eine Einrichtung, die der Gesamtheit zugute kommt, wovon jedoch ein Kreisamt keine Ahnung haben kann. Mit der Einteilung nach Servist Klassen wird man größere Gegensätze ausgleichen wohl in der Lage sein. Besser ist es schon, wenn das Augenmerk auf die reichliche Erhöhung der Grundpositionen gerichtet bleibt, wie es die gestellten Anträge bezwecken, dann tritt die ganze Lokalaufschlagsfrage, welche viele Orte so wie so unbefriedigt läßt, ganz von selbst in den Hintergrund. Höchstens, daß es erreicht wird, für die auf diesem Gebiete besonders in die Augen springende Unterschiede den längst ersehnten Ausgleich zu schaffen, somit würde es im neuen Tarife ganz unmöglich sein, darin eine Großstadt mit 240000 Einwohnern mit 10 Proz. Lokalaufschlag verzeichnet zu sehen. Dieser jetzt leider noch vorhandene Mißstand gab einer Firma seinerzeit Veranlassung, sich auswärtigen Verlagsfirmen zur Herstellung von Druckarbeiten in einem Rundschreiben folgendermaßen anzubieten: „Nicht nur der preiswürdige Druck allein macht unsere Konkurrenzfähigkeit aus, sondern ferner die Tatsache, daß N. N. einen verhältnismäßig geringen Lokalaufschlag hat.“ Dann werden die Orte angeführt, die N. N. im Lokalaufschlage weit überlegen, womit einer unfeinen Konkurrenz Lär und Lör geöffnet wird. Die Gehilfen von N. N. werden diesmal das früher leider Verfümmte nachzuholen wissen, da sie nicht eingesehen vermögen, in wiefern sie des Glückes Stiefkinder sein sollen, nachdem die an das Tarifgesetz zu stellenden Anforderungen bezüglich der Tarifeinführung am Orte hinreichend erfüllt sind.

E. K.

(Der Verfasser des vorstehenden Artikels hat ja vollkommen recht, wenn er für eine Stadt mit 240000 Einwohnern einen Lokalaufschlag von 10 Proz. als völlig unzureichend bezeichnet. Aber was er in dunklen Andeutungen über die in Frage stehende Lokalaufschlagsfestsetzung schreibt, ist insofern unberechtigt, als der Tarifauschuß seinerzeit ausdrücklich beschloß, daß kein Lokalaufschlag für einen Druckort in dem betreffenden Kreise den Lokalaufschlag des Wortes überschreiten dürfe. Dies mag in dem in Betracht kommenden Tarifreise ungerecht sein, aber bisher hatte sich auch die Gehilfenchaft nach diesem Beschlusse zu richten. Eine Wanderung in dieser Beziehung zu treffen ist allerdings notwendig. Red.)

Tarifgemeinschaft und Faktorenstand.

Unter dieser Rubrik veröffentlicht Kollege Heinrich vom Rhein in Nr. 105 des „Korr.“ einen sehr schätzenswerten Artikel über das Verhältnis der Faktoren zu der bevorstehenden Tarifrevision. Schreiber dieses kann den gedachten Ausführungen indes nicht ohne Einschränkung zustimmen und möchte deshalb einige Bemerkungen daran knüpfen. Kollege Heinrich vom Rhein scheint nämlich, bei aller guten Willigkeit, das Verhältnis der Faktoren zur Einführung des neuen Tarifes doch etwas zu rosig anzusehen. Tatsache dürfte es doch sein, daß die meisten Faktoren ihre Gehilfenzeit längst vergessen und das richtige Gefühl für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der gewöhnlichen Arbeiter und deren Misere verloren haben. Der Faktor soll die Interessen des Geschäftes

mahnehen. Sehr richtig. Da aber ein Geschäft nicht allein aus dem Unternehmer besteht, sondern auch — die Arbeiter dazu gehören, so soll der Faktor nicht nur die Interessen des Unternehmers, sondern auch diejenigen der Arbeiter vertreten. Eine schwierige Aufgabe, gewiß, da dieselbe eine Pufferstellung bedingt. In der Praxis kümmern sich die meisten Faktoren aber doch nur um das Unternehmerrinteresse; der Arbeiter ist ihnen eine Quantité négligeable — davon gibt es ja genug! Wenn der einfache Gehilfe das targe, made Minimum erhält, dann muß er zufrieden sein; man hat genug für ihr getan, der Tarif verlangt ja nicht mehr. Gibt es doch Faktoren, die jetzt schon mit schelen Augen auf die durch den neuen Tarif zu erwartenden Verbesserungen blicken, und warum? Nun, weil sie persönlich keine besonderen Verbesserungen zu erwarten haben. Es soll gewiß nicht dem ganzen Faktorenstande zu nahe getreten werden, aber auf alle Fälle ist die Zahl der Faktoren, die beim Prinzipale in wirklich günstigem Sinne für das Personal zu wirken suchen, verschwindend klein. In der Hauptsache sind die Gehilfen doch auf sich selbst, ihre Einigkeit und den starken Rückhalt im Verbandsangehörigen. Die Prinzipale wissen die Vorteile, die sie in dieser Beziehung von den Faktoren haben, auch sehr wohl zu schätzen. Findet auch eine Pensionierung, wie sie wohl manchem als Ideal vorzuschwebt, nur sehr selten statt (für die einfachen Arbeiter bleibt dieselbe jenseits einer Fata morgana), so sind doch schon die 12 Mk., die der Prinzipalverein für jeden Faktor an den Faktorenbund zahlt (siehe den Artikel in Nr. 105) eine entsprechende Anerkennung der Faktorenbienste. Die Einführung des neuen Tarifes wird den deutschen Faktoren Gelegenheit genug bieten, vorstehende Ausführungen zu entkräften; mögen die Herren recht ausgiebigen Gebrauch davon machen. *Hic Rhodus, hic salta!*
Hamburg.

Veritas.

Schichtwechsel an der Sechsmaschine.

Es ist zwar nicht anzunehmen, daß die bereits festgelegten und vielbesprochenen Anträge durch diese oder jene Umfassung eines Kollegen bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen eine Aenderung erfahren werden; gleichwohl möchte ein alter Praktiker und mehrjähriger Maschinenführer noch kurz vor Türschluß einige Gesichtspunkte beleuchten, die bis jetzt von keiner Seite ersöpfend behandelt worden sind. Es betrifft dies den Schichtwechsel an den Sechsmaschinen und im Zusammenhange damit die von den Berliner Kollegen gewünschte durchgehende Arbeitszeit. Der Schichtwechsel ist ohne Zweifel die unangenehmste Erscheinung, die neben andern mit Einführung der Sechsmaschine zutage getreten ist, und, daß, deshalb in keiner Weise aus dem Auge gelassen werden. In dem nunmehr gestellten Antrage wird für sämtliche Maschinenführer die achtfünfstündige Arbeitszeit verlangt. Diese Forderung ist durchaus gerechtfertigt und dürfte ohne große Anstrengung von den Prinzipalen zu erlangen sein; ist doch jetzt schon ein erheblicher Teil der Maschinenführer im Gemüße der achtfünfstündigen Arbeitszeit, sofern in Zeitung und Schichtwechsel gearbeitet wird. In diesem Antrage nun ist auf den Schichtwechsel bzw. auf die Doppelschicht — zweieinhalb- und dreifache Schicht soll betriebsweise nicht mehr statthaft sein — gar keine Rücksicht genommen. Die zum Schichtwechsel verurteilten Kollegen werden sonach, selbst im günstigsten Falle, in bezug auf Arbeitszeitverlängerung nichts gewinnen, und doch wäre es im Interesse der Gesamtheit und nicht zuletzt der Maschinenführer selbst zu wünschen gewesen, wenn hierauf von vornherein mehr Bedacht genommen worden wäre, als dies von dem zu Ostern abgehaltenen Maschinenführerkongresse geschehen ist. Der ideale Gesichtspunkt, daß durch Einführung der achtfünfstündigen Arbeitszeit für alle Maschinenführer obiges wieder aufgehoben werde, dürfte hier nicht stichhaltig sein.

Der Württembergische Maschinenführerverein hat in Uebereinstimmung mit noch anderen Vereinen seinen diesbezüglichen Antrag dahingehend formuliert, daß bei Doppelschicht für denjenigen Seher, der die zweite oder Abendsschicht hat, also bis nachts 10 Uhr arbeitet, eine siebeneinhalbstündige Arbeitszeit Platz greifen soll. Durch diesen Antrag sollte in erster Linie der Schichtwechsel wenigstens in etwas erschwert und dieser nicht ohne weiteres von den Gehilfen als zulässig und mit einfacher oder eineinhalbfacher Schicht gleichberechtigt anerkannt werden. Sodann wäre dem Seher der zweiten Schicht eine kürzere Arbeitszeit wohl zu gönnen, denn wer das zweifelhafte Vergnügen hat, in Schichtwechsel arbeiten zu müssen, weiß ein Lied von den mancherlei Unannehmlichkeiten zu singen, die diese Arbeitsweise mit sich bringt. Oben gestellter Antrag würde aber bei den Verhandlungen des Maschinenführerkongresses nach nur unerbittlicher Debatte abgelehnt; und zwar mit der von seiten der Berliner Kollegen gegebenen Begründung, daß die Maschinenführer dahin streben sollen, die durchgehende Arbeitszeit (siebeneinhalb Stunden) einzuführen. Dadurch sei eine Arbeitszeitverlängerung von selbst gegeben usw. Das ist nun ganz schön und gut gesagt, wir dürfen aber die dabei zutage tretenden Begleiterscheinungen nicht ohne weiteres aus dem Auge lassen, denn mit Einführung der durchgehenden Arbeitszeit haben wir mit einem Schläge die Doppelschicht an allen Sechsmaschinen, da es wohl keinem Prinzipale einfallen wird, seine Sechsmaschine nur siebeneinhalb Stunden täglich laufen zu lassen, wenn er das Doppelte ohne große Opfer haben kann. Wir könnten also in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit erleben, daß es einfache oder eineinhalbfache Schicht an den Sechsmaschinen überhaupt nicht mehr gibt, sofern wir auf durchgehende

Arbeitszeit hinarbeiten. Daß aber, wie schon bemerkt, die Doppelschicht für den Seher selbst, für die Handwerker und in gleicher Weise für die nicht Maschinen besitzenden Prinzipale von Nachteil und deshalb zu bekämpfen bzw. zu erschweren ist, dürfte für jeden Denker einleuchtend sein. Wassen wir eine etwas ungünstigere Gesichtspunktensituation einsehen, dann wird sich der Schichtwechsel in seiner verderbbringenden Wirkung erschwerend zeigen. Wenn nun der Doppelschicht prinzipiell kein Hindernis in den Weg gelegt werden kann und von manchen Seiten eine Berechtigung derselben nicht abgesprochen wird, so kann dem nur mit der Motivierung zugestimmt werden, daß, wo es nicht ohne Ueberstunden abgeht — welche letztere unter allen Umständen vermieden werden sollten —, es immerhin besser ist, wenn eineinhalb- oder Doppelschicht (diese aber nur mit entsprechender Arbeitszeitverlängerung) eingeführt wird, da hierdurch eben ein weiterer Kollege beschäftigt werden kann und so dem Ueberstundenwesen jede Berechtigung genommen ist.

Die durchgehende Arbeitszeit nun, davon ist Schreiber dieses fest überzeugt, ist aber trotz der von den Berliner Kollegen hierfür an den Tag gelegten Begeisterung überhaupt nicht jedermanns Geschmack, zumal die Berliner Verhältnisse auf das übrige Deutschland nur in ganz geringem Maße zutreffen. So lange nicht Schule, Verbände und die gesamte Geschäftswelt die durchgehende Arbeitszeit haben, wird jeder verarbeitete Kollege, der es irgend machen kann, es vorziehen, mit seiner Familie zu Mittag zu speisen und so sein gut Teil zur Ordnung im häuslichen Kreise beizutragen. Ganz abgesehen davon, ob unsere Prinzipale für durchgehende Arbeitszeit zu haben sind.

Mögen nun die Tarifverhandlungen bringen, was sie wollen, ein aufmerksames Auge muß dem Schichtwechsel auch nach derselben gewidmet werden, um diesen Krebsgeschaden am Buchdruckergewerbe in gesunde Bahnen zurückzuführen. Vielleicht geben diese Ausführungen unseren bezuhen Betreibern bei den Tarifverhandlungen noch besondere Veranlassung, in bezug auf zweieinhalb- und dreifache Schicht einen unerrückbaren Standpunkt einzunehmen. In dieser Hinsicht dürften wir manchen dankenden Prinzipal zum Bundesgenossen haben.
Stuttgart.

J. K.

Bosheit oder Unverstand

Können nur die Liebhaber gewesen sein, welche den Kollegen A. G. veranlaßten, in Nr. 108 unsers Organs auf meine Ausführungen in Nr. 96 in der von ihm gewählten Form und Art zu reagieren. Nachdem mir einleitend der Kollege A. G. ein schmeicheles Kompliment gemacht, daß ich es so gut verstanden, unsern Verband gegenüber der Stellung der „Christlichen“ zur Gutenbergschule zu vertreten und mein Verhalten gegenüber dem „Christlichen“ rechtfertigt nennt, bemängelt er die sieben letzten Absätze meiner Arbeit, dieselben als „überflüssig und scheinheilig“ bezeichnend, trotzdem in ihnen die logische Schlussfolgerung aus dem vorher Gesagten entfallen ist. Die Bösen sieben! Ich darf dem Kollegen A. G. wohl verraten, daß ich mir bei der Niederschrift der sieben Absätze genau bewußt war, daß deren Veröffentlichung bei gewissen Leuten recht brüdenke, eigentümliche Gefühle erwecken. Ja, ja, wo kein ruhiges Gemüthe, da ist auch kein sanftes Aussehen! Wer und was berechtigt den Kollegen A. G. zu behaupten, ich „springe in meinem Artikel mit religiösen Ausdrücken umher? Wo ist das geschehen und wann, etwa in unangenehmer Form? Seit wann ist denn der von A. G. allein zitierte Sammelbegriff „Benehäuherung“ ein religiöser Ausdruck? Bester ist meines Erachtens doch nur die Begriffsbeziehung einer unangebrachten Liebäugerei, einer widernatürlichen, das sittliche und moralische Empfinden verletzenden Referenz, wie sie eben tatsächlich seitens der „Christlichen“ dem Gutenbergsbunde gegenüber widerfährt. Aber Kollege A. G., Sie brauchen etwas Muff, etwas Effekt — doch Ihre Finger gerieten beim Suchen nach letztem in die Brenneifel. Was für ein Heiß und unser Kollege A. G. aber ist, beweist so recht die Gegenüberstellung, wo er einerseits dem Verbands „kein Särgen krümmen lassen will“, andererseits frant und frei erklärt: „Lasse man den Gutenbergsbund im christlichen Lager ruhig stehen“, um so also dem Bunde das Recht zu steifen, die Kulturarbeit des Verbandes nach Maßgabe wie bisher, dazu unter dem Deckmantel „christlich“, durch Streikbrecheri usw. zu untergraben. Auf die direkt persönlichen Ausfälle gegen mich entgegne ich nichts. Ich kann nur nochmals wiederholen: Kollegen, haltet die Augen offen!
Heinrich vom Rhein.

Korrespondenzen.

Berlin. Am 30. September, vormittags 10 Uhr, wird sich das Personal der Norddeutschen Buchdruckerei in den „Sophienhallen“, Sophienstraße 18, vereinigen, um das 50jährige Jubiläum des den älteren Kollegen wohlbekannten treuen Verbandsmitgliedes Emil Kemmer durch ein Festessen bei Konzert und entsprechenden Vorträgen zu feiern. Freunde und Bekannte des Jubilars, welche an dieser Feier teilzunehmen wünschen, wollen sich wenden an Dr. Schubert, Berlin SW 29, Solmsstraße 12.

r. Braunschweig. Eine gut besuchte Bezirksversammlung, zu der von auswärtigen Kollegen aus Wolfenbüttel und Schöningen erschienen waren, fand am 9. September im „Gewerkschaftshaus“ statt. Die in einer hiesigen Druckerei erfolgte Entlassung zweier Kollegen, die

nach Ansicht des Vorstandes seitens des Faktors (Verbandsmitglied) vermindert werden konnte, fand entsprechende Mißbilligung. Hierauf erstattete Kollege Nicolai den Kassenbericht pro zweites Quartal. Die zwecks Unterstüzung der Lithographen und Steindruckers sowie Buchhändler erhobene Extrasteuer ergab 165 Mk., hierzu kommen 200 Mk. aus der Bezirkskasse und aus Zinsen gesammelt 264,02 Mk., in Summa 629,02 Mk. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Hierauf referierte der Vorsitzende Schwette über die in Hannover abgehaltene Allgemeine Tarifversammlung, in eingehender Weise die daselbst beschlossenen Anträge sowie die inzwischen veröffentlichten Prinzipalentscheidungen erklärend. Kollege Reuter, der die Ausführungen des Referenten ergänzte, äußerte gewisse Bedenken bezüglich des Organisationsvertrages und der damit verknüpften Bedingungen. Mehrere Diskussionen erklärten sich mit den gestellten, in Betracht der seit Jahren bestehenden Steuerungsverhältnisse beschiedenen Forderungen einverstanden, auch wurde die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß der bereits vor fünf Jahren für Braunschweig auf 15 Proz. festgesetzte, in der späteren außerordentlichen Tarifausgleichsbesprechung aber wieder um 2/3, Proz. reduzierte Sozialzuschlag uns bei der diesmaligen Tarifrevision definitiv mit 15 Proz. zuerkannt wird. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 9. September tagende Versammlung des Bezirks Braunschweig erklärt sich mit den von der Tarifversammlung in Hannover beschlossenen Abänderungsanträgen einverstanden und ersucht die Gehilfenvertreter, an diesen Forderungen, die als die minimalisten anzusehen sind, unbedingt festzuhalten, wie denn auch die Versammlung verpflichtet, mit allen Kräften für die gestellten Forderungen einzutreten. Weiter spricht die Versammlung die Erwartung aus, daß bei einem eventuellen Abschluß des sogenannten Organisationsvertrages die Selbstständigkeit des Verbandes in jeder Hinsicht gewahrt bleibt.“ Der nächste Punkt: „Aufbringung der Kosten für das Gewerkschaftssekretariat“ fand nach kurzer Debatte dadurch seine Erledigung, daß beschlossen wurde, mit dem auf die Buchdrucker entfallenden Betrage (pro Mitglied und Quartal 5 Pf.) die Bezirkskasse zu belasten. Erwähnt wurde hierbei, daß auch die außerhalb der Stadt Braunschweig konditionierenden Kollegen berechtigt sind, die Vorteile des Sekretariates zu genießen. Nachdem noch eine mehr interne Angelegenheit eine längere Debatte veruracht, erfolgte Schluß der interessante verlaufenen Versammlung.

Bremervhagen u. Umg. Auf der Tagesordnung der Versammlung vom 9. September stand als wichtigster Punkt: „Unser reduzierter Sozialzuschlag“. Die Veröffentlichung der Sozialzuschlagsanträge im „Kor.“ brachte uns die unliebsame Ueberaschung, daß unser auf 25 Prozent lautender, ausführlich begründeter Sozialzuschlagsantrag auf 17 1/2 Proz. herabgesetzt war. Dieserhalb bemängelte sich der hiesigen Gehilfenchaft begrifflicherweise eine Laute Entrüstung, um so mehr, da Gausvorsteher Rosenlechner gelegentlich seiner kurz vorher erfolgten Berichtserstattung von einer bereits erfolgten Reduzierung betreffenden Antrages nichts verlauten ließ, nach Mutmaßung der Kollegen hiervon jedoch wissen mußte. Man war allgemein der Ansicht, daß diese Anträge so wie gestellt und vom Kollegen Klapproth auf der Kreisversammlung auch zur Verlesung gelangt, zur Beratung kommen würden. Die hiesige Gehilfenchaft ist sich zwar bewußt, mit ihrer Forderung nicht gerade bescheiden zu sein, erblickt aber vollauf eine Berechtigung derselben in der hiesigen Steuerungsverhältnissen, die denen jeder Großstadt mindestens ebenbürtig sind. Jeder hat das Gefühl, daß die hiesigen Löhne einen energischen Aufschwung verdienen; es gilt endlich eine Scharte auszuweisen, die die Kollegen in den achtziger Jahren hierorts durch ihre Aufrichtigkeit und sonstige mißliche Verhältnisse verschuldeten, indem damals eine unerfreuliche Stagnation der Löhne eintrat. Daß die hiesigen Prinzipale etwas tiefer in die Tasche zu greifen in der Lage sind, wird gegebenenfalls nicht unbewiesen bleiben. Der Vorsitzende gab der Versammlung zunächst Kenntnis von den getroffenen Maßnahmen und brachte den in fraglicher Angelegenheit gepflogenen Briefwechsel zur Verlesung. Die an den Gausvorsteher bzw. Gehilfenvertreter gerichteten Schreiben wurden geillt, desgleichen die seitens des Vorstandes und der Tarifkommission gefassten Beschlüsse. Eine gewisse Befriedigung rief das Antwortschreiben des Kollegen Klapproth hervor, wonach bei Veröffentlichung der Sozialzuschlagsanträge seitens des Tarifamtes mehrere Irrtümer unterlaufen seien. So habe er beispielsweise nicht für Blankense, sondern für Bremerhaven-Gesellschafts-Lohn 25 Proz. beantragt und wolle alles aufbieten, dies auch durchzuführen. Daß die hiesige Gehilfenchaft das Ihrige in dieser Beziehung ebenfalls zu tun bereit ist und einig und geschlossen den Prinzipalen gegenübersteht, wird, bewies der Verlauf der gut besuchten Versammlung.

Frankenthal. In unserer letzten Mitgliederversammlung, zu der auch die Grünfelder Kollegen vollständig erschienen waren, erstattete Gausvorsteher Fuß 35-Mannheim Bericht über die Beschlüsse der Gausvorsteherkonferenz. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen einverstanden und nahm nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: „Die heutige Versammlung des Ortsvereins Frankenthal nimmt Kenntnis von den auf der Gausvorsteherkonferenz gefassten Beschlüssen und ist damit einverstanden. Sie erwartet, daß die Gehilfenvertreter an den Forderungen als am mindesten, was gefordert werden kann, unbedingt festhalten.“ Dem Kollegen Fuß wurde für seine treuständigen Ausführungen der Dank der Versammlung ausgesprochen. Unser Ortsverein hat

auch zur diesjährigen Tarifrevision einen Lokalzuschlag von 5 Proz. beantragt. Dieser tut für Frankfurt, selbst wenn die Grundpositionen um 15 Proz. erhöht werden, bitter not. Viele Kollegen, die hier schon kurze Gastrollen gegeben haben, können ein Vieh jenseits von dem „billigen“ Leben in der Kleinstadt mit ihrem „hohen“ Lohne. Schon bei der letzten Tarifrevision war ein Antrag zwecks Erreichung eines Lokalzuschlages gefasst. Dieser wurde aber wieder fallen gelassen, weil der Tarif an sich noch nicht richtig eingeführt war. Diesmal wird's hoffentlich etwas werden, und sieht die hiesige Kollegenschaft einig und geschlossen der Tarifrevision mit besten Hoffnungen entgegen.

Hildesheim. Am 9. September fand in Goslar unsere diesjährige Herbstbezirksversammlung statt. Der Besuch derselben hätte in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wohl etwas zahlreicher sein können, namentlich hatte man von Hildesheim mehr Kollegen als anwesend waren erwartet. Vertreten waren die Orte: Alfeld, Bodenem, Burgdorf, Einbe, Goslar, Hildesheim und Peine. Der Bezirksvorsteher Hausmann eröffnete mit einigen geschäftlichen Mitteilungen die Versammlung und gab dann in seinem Bericht die seit der letzten Ordentlichen Bezirksversammlung stattgefundenen mitteilenswerten Vorwärtseingänge wieder. Hierauf erstattete der Kassierer den üblichen Bericht über die Kassenverhältnisse der allgemeinen sowie der Bezirkskasse und reichte sich diesem die Berichte der einzelnen Vertrauensleute an. Wenn auch manches Erfreuliche aus den Berichten zu konstatieren war, so zeigte doch die andre Seite, daß trotz der zunehmenden Mitgliederzahl und trotzdem die größere Anzahl der Druckereten des Bezirks der Tarifgemeinschaft angehören, es noch mancherlei Kleinarbeit bedarf, tabellose Verhältnisse zu schaffen. Der nächste Verhandlungsgegenstand bezog sich auf die bevorstehende Tarifrevision. Einleitend hierzu hielt Kollege Hausmann einen etwa dreiviertelstündigen Vortrag, in welchem er, zurückgreifend auf den Werdegang der Tarifgemeinschaft, den Mitgliedern den Nutzen derselben für das ganze Gewerbe vor Augen führte, hierbei besonders betonend, daß man auf beiden Seiten heute überzeugt davon sei, daß nur der Fortbestand der Tarifgemeinschaft gesunde Verhältnisse auch für die Zukunft schaffen könne. Sollte aber auch künftig das Interesse der Gehilfenchaft an der Tarifgemeinschaft erhalten werden, so müsse die Prinzipalität auch jederzeit, den Verhältnissen Rechnung tragend, berechtigten Forderungen bereitwilliges Entgegenkommen zeigen. Er hoffe, daß die diesmaligen Verhandlungen ein Resultat zeitigen, welches die Gehilfenchaft befriedige. Hieran anschließend gab Redner ein Bild davon, wie sich die Tarifbewegung nutznäßig in unserm Bezirke gestalten wird, und forderte die Mitglieder zu neuem Zusammenhalten auf, damit sie, wenn hier oder dort etwa durch Nachdruck den neuerlichen Bestimmungen Eingang verschafft werden müsse, nicht den kürzesten ziehen. Die schon oft bewährte Disziplin werde sich hoffentlich auch künftig zeigen und bewahren; es sei aber in Hinsicht auf die bevorstehende Tarifbewegung auch dringend notwendig, die Einigkeit nicht durch Kleinliche persönliche Angelegenheiten zu föhren, und hoffe er, daß die Mitglieder in der nächsten wie auch für künftige Zeiten sich stets ihrer Pflicht als Verbandsmitglieder bewußt seien. An der sich hieranschließenden Diskussion beteiligte sich eine größere Anzahl Kollegen und gipfelte der Schluß über diesen Punkt der Tagesordnung in einer einstimmig angenommenen Resolution, welche inhaltlich besagt, daß die Mitglieder des Bezirks Hildesheim die in den gehilfenchaftlich zur Tarifrevision gestellten Anträgen enthaltenen Forderungen als das Mindestmaß dessen betrachten, was angesichts der heutigen Lebensverhältnisse genährt werden muß. Die Anwesenden erklärten, für die Durchführung der neuen tariflichen Bestimmungen zurzeit ihre ganze Kraft einzusetzen, erachten aber auch eine fünfjährige Gültigkeitsdauer als für zu lang; die namentlich in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen hätten zur Genüge bewiesen, daß es ratsamer sei, einen Vertrag auf drei Jahre abzuschließen. Es soll unsern Gehilfenvertreter der Wunsch unterbreitet werden, einen diesbezüglichen Antrag bei der Tarifberatung wieder einzubringen bzw. für die dreijährige Gültigkeitsdauer zu plädieren. Die weiteren Punkte der Tagesordnung betrafen rein innerliche Angelegenheiten. Es erfolgte zunächst seitens des Bezirksvorstehers Mitteilung über das demnächst in Hildesheim in Kraft tretende Tarifschiedsgericht. Alsdann lag ein Antrag vor, welcher forderte, daß künftig die Geschäfte des Bezirks von denen des Vorortes getrennt werden; sowohl der Ortsverein Hildesheim als auch der Bezirk soll seinen eignen Vorstand haben, damit die Geschäfte des Bezirks und die noch immer notwendige Agitation nach innen wie nach außen vom Bezirksvorstande besser geführt werden könnten. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Ebenso fand der Antrag Annahme, daß der Vorstand ein Bezirksstatut entwerfen und der nächsten Bezirksversammlung vorlegen soll. Die nächste Versammlung soll in Hildesheim stattfinden. Mit kurzem Rückblicke auf die sehr rege verlaufenen Verhandlungen schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

Bezirk Vörrach. Unsere diesjährige Herbstbezirksversammlung fand am 2. September im Gasthause „Zum Storch“ in Vörrach statt. Vertreten waren die Druckorte: Müllheim, Schopfheim, Zell, Zobltau, Säckingen, Waldshut, Bonndorf, St. Blasien und Vörrach mit insgesamt 43 Kollegen. Durch das freundliche Entgegenkommen des Maschinenmeisterlehrs Freiburg war es möglich, mit dieser Versammlung eine Druckausstellung zu verbinden, welche leider nicht in dem Maße gewürdigt wurde, wie sie es verdient hätte. Nach einigen Begrüßungs-

worten des Bezirksvorstehenden Weßmer erstattete derselbe den Bericht über die tariflichen Verhältnisse, gleichzeitig bebauend, daß von den 68 im Bezirke anwesenden Kollegen nur 43 zur Versammlung erschienen seien. Angesichts der wichtigen Tagesordnung hätte man eine stärkere Teilnahme an den Verhandlungen erwarten dürfen. Gauvorsteher Lindenlaub-Freiburg, welcher ebenfalls seine Mißbilligung über den schwachen Versammlungsbesuch aussprach, referierte über „Die Anträge zur Tarifrevision“ in ausführlicher Weise, wofür ihm am Schlusse seiner trefflichen Ausführungen lebhafter, langanhaltender Beifall gependet wurde. Daß man mit den Ausführungen des Referenten zufrieden war, bewies die einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die heute im Storch“ in Vörrach tagende Bezirksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, erblidet in den zur Tarifrevision gestellten Anträgen die Mindestforderungen der Gehilfenchaft und erachtet die Gehilfenvertreter, bei der bevorstehenden Tarifrevision mit aller Kraft für diese Forderungen einzutreten.“ Durch Gewährung voller Fahrtenschiedung zu den Bezirksversammlungen wurde die Bezirkskasse derart in Anspruch genommen, daß eine Erhöhung der Beiträge um weitere 5 Pf. unumgänglich notwendig war. Der bisherige Vorsitzende Weßmer sowie der Kassierer Gensler wurden einstimmig wiedergewählt. Nach einigen Schlußbemerkungen des Bezirksvorstehenden wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Ludwigshafen a. Rh. Unsere halbjährliche Bezirksversammlung fand am 9. September in Frankfurt statt. Anwesend waren Kollegen von Ludwigshafen, Frankfurt und Grünstadt. Außerdem wohnte der Versammlung unser Gauvorsteher Fuhs bei. Der Kassenbericht vom ersten Halbjahre wurde ohne Veranstandung genehmigt. Den größten Raum in den Verhandlungen nahm das Schmerzenskind unsers Bezirks, Grünstadt, ein, über dessen tarifliche Verhältnisse Kollege Thörn Bericht erstattete. Sind bei der Firma Riedel & Co. die Verhältnisse annähernd tarifliche, so sind dieselben, sowohl was Lohn als auch Arbeitszeit anbelangt, bei der Firma Sommer, dem allbekanntesten Tarifignoranten, noch vollständig untarifliche. Unter der Schmutzfontureng, die diese Firma treibt, hat die obengenannte sehr zu leiden, und war sich die Versammlung darin einig, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, um der Firma Sommer die antlichen Druckarbeiten, welche sie jetzt trotz des Erlasses des bayerischen Ministeriums noch erhält, zu entziehen. Eventuell soll eine Beschlusse an die Regierung gelangen oder unsere Abgeordneten im Landtage beauftragt werden, die Sache zur Sprache zu bringen, damit der Verfügung des Ministeriums Geltung verschafft wird. Ueber die Tarifanträge der Prinzipale referierte Kollege Bligner, dabei betonend, daß dieselben fast nur Verschlechterungen enthalten, einzelne sogar sehr erhebliche. „Hoffentlich gelingt es unseren Vertretern, dafür zu sorgen, daß dieselben nicht Gesetz werden. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen Paul Veyer aus Berlin und Hugo Bernard aus Wien durch Erheben von den Sigen.

ey Rheindt. Eine Allgemeine Buchdrucker-Versammlung fand am 9. September im Lokale von Wilh. Wits am Markte statt. Annähernd 50 Mitglieder des Verbandes hatten sich aus den Städten Rheindt, M.-Glöbba, Wierzen, Dülken, Krefeld und Jüchen eingefunden, um dem Referate des Kollegen Eugen Schöredt-Essen zu lauschen. Nach der Bureauwahl und einigen Begrüßungsworten des Kollegen Schmitz nahm der Redner das Wort zu seinem Vortrage: „Der Verband der Deutschen Buchdrucker- und die Tarifgemeinschaft“. In etwa 1 1/2 stündiger Rede erläuterte der Vortragende den Entwicklungsgang des Verbandes, wie er sich aus kleinen Anfängen heraus zu seiner jetzigen Größe aufgeschwungen habe; das habe er aber nur seiner beherrschenden Taktik zu verdanken, die immer zielbewußt, weder nach rechts noch links schauend, nur das wirtschaftliche Wohl seiner Mitglieder im Auge behalten habe. Als er dann insbesondere den jüngeren Mitgliedern die Kämpfe der früheren Jahre vor Augen geführt hatte, kam er auf die diesjährige Tarifrevision zu sprechen und bat die Kollegen, gegebenenfalls fest und einig für unsere gute Sache einzutreten. Auf der andern Seite möge aber auch jeder Kollege in seinem Berufe voll und ganz seine Pflicht und Schuldigkeit tun, um dem Grundsatze gerecht zu werden, daß da, wo Rechte sind, auch Pflichten sein sollen. Mit lebhaftem Beifalle wurden die Ausführungen des Referenten belohnt. In der darauf folgenden Diskussion, in welcher Kollege Schöredt einige Fragen seitens der Mitglieder beantwortete, wurde allgemein das Bedauern ausgedrückt, daß von den 10 bis 12 Nichtmitgliedern am hiesigen Orte nur eines es für gut befunden hatte, der Einladung Folge zu leisten. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute am 9. September im Lokale von Wilh. Wits stattfindende Allgemeine Buchdrucker-Versammlung erklärt sich im vollsten Einverständnis mit den Ausführungen ihres Referenten, Kollegen Schöredt-Essen. Die Versammlung bebauert, daß die Nichtmitglieder von Rheindt trotz persönlicher Einladung es nicht für notwendig erachteten, der Versammlung beizuwohnen. Die Versammlung konstatiert, daß einzig der Verband der Deutschen Buchdrucker der alleinige Träger der Tarifgemeinschaft ist, und hält es deshalb für selbstverständlich, daß Anträge auf weitere Zulassung von Tarifkontrahenten ausgeschlossen werden.“ Nachdem der Vorsitzende noch zum Schlusse die erste Mahnung an die Versammlung gerichtet, bei der kommenden Tarifrevision, dieselbe möge ausfallen wie sie wolle, geschlossen und

einig hinter unseren Vertretern zu stehen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Speier. Am 8. September fand im Vereinslokale eine Allgemeine Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Die bevorstehende Tarifrevision“, worüber Gauvorsteher Fuhs-Mannheim das Referat übernommen hatte. Es sei hier mitgeteilt, daß der Bezirksverein seit Jahren noch nie eine so vollzählige und imposante Versammlung erlebt hat. Alle Mann waren erschienen, so daß das Vereinslokal dicht gedrängt besetzt war. Vorsitzender Hoffmann eröffnete die Versammlung und sprach den Mitgliedern den Dank aus für das vollzählige Erscheinen und führte u. a. aus, daß der heutige Tag zeige, daß, wenn es gelte, seinen Mann zu stellen, alle am Plage seien. Hierauf ergriff Gauvorsteher Fuhs das Wort zu seinem Referate: „Die bevorstehende Tarifrevision.“ Jeden Punkt eingehend erklärend, entledigte sich der Referent in einmündigem Vortrage in klarer, sachverständiger Weise seiner Aufgabe. Am Schlusse seiner Ausführungen wies er darauf hin, daß nur durch einig Zusammenhalten das vorgesteckte Ziel erreicht werden könne. Reicher Beifall lohnte den Redner. Da nach den treffenden Ausführungen keine Diskussion nötig wurde, nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an: „Die heute, am 8. September, von sämtlichen Mitgliedern des Bezirksvereins Speier besuchte Allgemeine Versammlung nimmt den Bericht des Gauvorstandes über die von den Gauvorstehern und Gehilfenvertretern ausgearbeiteten und aufgestellten Forderungen mit Verriedigung entgegen. Die Versammlung betrachtet die Anträge der Konferenz als Mindestforderungen, an denen die Gehilfenvertreter unter allen Umständen festzuhalten haben. Ferner verpflichten sich sämtliche Mitglieder des Bezirksvereins, für die gefassten Beschlüsse gegebenenfalls voll und ganz einzutreten.“ Vorsitzender Hoffmann sprach sodann dem Gauvorsteher Fuhs für sein lehrreiches Referat den Dank aus und schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband.

Rundschau.

Die Statistik des Tarifamtes, welche wir in Nr. 107 einer kurzen Besprechung unterzogen haben, kann ob der Fülle des Materials, welches sie enthält, nicht bringen genügend unseren Mitgliebschaften und auch einzelnen Kollegen, die sich dafür interessieren, zur Anschaffung empfohlen werden. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß der Preis einschließlich Porto nur 50 Pf. beträgt, und ist die Statistik vom Tarifamte, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, zu beziehen. Sie bietet ein instruktives Bild über die Gestaltung der Lebensmittel- u. s. w. Preise und läßt damit einen untrüglichen Schluß auf die Lebenshaltung der Gehilfen zu. Diese Statistik ist auch ein zuverlässiges, mansechtbares Hilfsmittel bei der Agitation, und liegt sie in den Mitgliebschaften auf, kann jeder Kollege in den meisten Fällen bei einem Domizilwechsel genau ersehen, mit welchen Verhältnissen er und seine Familie an dem neuen Konditionsorte zu rechnen hat. Sofern aber bei einzelnen Orten sich Irrtümer in die Statistik eingeschlichen haben mögen, kann nur die Kenntnis des Inhaltes der Statistik zu einer nützlichen Korrektur führen. Da die Statistik nur in einer beschränkten Anzahl zum Verfaufe angefertigt ist, wolle man nicht säumen, sich dieselbe recht bald zugänglich zu machen, zumal sie gerade in den nächsten Wochen der Gehilfenchaft recht praktische Dienste zu leisten vermag.

Eine weitere Stellungnahme zu den Tarifanträgen in Prinzipalstreifen ist aus Sachen zu verzeichnen. Der Bezirksverein Leipzig-Land und Sachsen-Altenburg des Deutschen Buchdruckervereins nahm in einer im Deutschen Buchgewerbehaufe abgehaltenen Versammlung eine Resolution an, die sich gegen die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit, gegen „die zu weitgehende Erhöhung des Lohnes um 15 Proz.“ gegen eine Erhöhung der Entschädigung für Überstunden und gegen die Abänderung der Gehilfenkassen wendet. Weiter wurde die Erwartung ausgesprochen, daß angesichts der zu erwartenden allgemeinen Lohnerhöhung die Erweiterung bestehender und die Einführung neuer Lokalzuschläge „für diesmal“ möglichst vermieden werden sollte. Als Argumente gegen die Herabsetzung der Arbeitszeit wurden ins Feld geführt: die Mehrereinstellung von Personal, der entstehende Raummangel in den Druckereien sowie der sich im Gefolge einstellende empfindliche Mangel an Arbeitskräften. Haben die Prinzipale von Leipzig-Land und Sachsen-Altenburg auch nicht wie die schleswig-holsteinischen Zeitungsverleger, die überhaupt nichts bewilligt wissen wollen, gleich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, so haben sie sich doch noch so ablehnungslos gezeigt, daß auf der von ihnen flüchtigen Basis eine Verständigung schwerlich stattfinden kann. Die gegen die Arbeitszeitverkürzung gemachten Einwände sind nichts weniger als durchschlagend. Da in der Artillerie „zur Tarifrevision“ der Gehilfenstandpunkt klar genug gekennzeichnet worden ist, erübrigt sich ein weiteres zu dem Willensausdrucke der in Leipzig versammelt gewesenen Provinzprinzipale.

Die Jagd nach Abonnenten nimmt oftmals Formen an, daß jeder vernünftige Mensch darüber nur den Kopf schütteln kann. Was in anderen Unternehmertreffen über die Konkurrenzkräften der Presse gedacht und gerurt wird, läßt sich auch unschwer erraten. Welchem Fabrikanten, Lieferanten oder Kaufmann fällt es wohl ein, dem Käufer eines Artikels Benefizien zu gewähren?

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 110.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 20. September 1906.

Anzeigen kosten: die Komparesselze 25 Pf.;
Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

44. Jahrg.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Man kauft entweder einen Artikel zu dem dafür geforderten Preise, oder läßt sich bei größeren Lieferungen bei Barzahlung den üblichen Diskont gewähren. Damit hat das Geschäft dann keine Erleichterung gefunden. Im Zeitungs-gewerbe aber glaubt man vielfach den Käufern — also den Abonnenten — für den oftmals schon sehr geringen Bezugspreis noch ein übriges tun zu müssen. Was ist nicht schon alles versucht worden zur Gewinnung bzw. Verbreitung von Abonnenten! Sehen wir von den Verlosungsprämien und den Preisen für richtige Rätsel-lösungen ab, die jetzt nicht mehr statthaft sind, so verbleiben von den allein auf den Abonnentenfang verwendeten Mitteln noch so vielerlei, daß man über die Erfindungs-gabe mancher Zeitungsbesitzer haß erkaunt sein muß. Die billigen Büchereinkäufe, von denen man die Leser profitieren lassen will, kommen heute ebensowenig wie die Weihnachtsprämien in Betracht. Kostenlose Kon-sultationen bei Medizinern, Rechtsanwältinnen, Zahnärzten, ferner die Errichtung von Musik- und Verkehrs-büreaus zur unentgeltlichen Benutzung des Publikums — nicht nur der Abonnenten — sind hingegen zeitgemäßere Vergünstigungen. Preisauszeichnungen der mannig-fachsten Art sind auch sehr in Aufnahme gekommen. Originell war die Idee eines rheinischen Blattes, welches vor einigen Jahren für ihre Abonnenten ein Sommerfest arrangierte, das wegen der großen Zahl der Abonnenten eine Teilung nach dem Alphabete erfahren mußte. Es sind aber noch kuriosere Dinge auf dem Schlachtfelde des Zeitungskrieges vorgekommen, die wir gar nicht alle hier aufzählen können; erinnert sei nur an die Puppenaus-stellung eines hannoverschen Blattes. Am häufigsten finden wir jedoch die Versicherung der Abonnenten gegen Unfall. Der Zeitungsverlegerverein hat zwar gegen all diese Reklamänder, im besondern aber gegen die Unfallversicherung energig Stellung genommen. Es haben sich aber nicht einmal die organisierten Zeitungs-herausgeber sämtlich an diesen Beschluß gehalten. In Magdeburg z. B. kümmert sich ein Hauptverbandsmittglied des Zeitungsverlegervereins nicht im geringsten um diese Stellungnahme seines Vereins, er läßt für eins der von ihm herausgegebenen Blätter die Abonnentenversicherung gegen Unfall ruhig fortbestehen. Im vergangenen Jahre nahm der Verlag des dortigen „Generalanzeiger“ nun diese sonderbare Haltung des Dr. Faber, Mitbesitzer des „Centralanzeiger“ in Magdeburg, zum Anlaß von An-griffen. Auch wir nahmen von dieser Fehde im „Korr.“ Notiz. Jetzt ist die Situation aber eine ganz andre, in den letzten Wochen ist nämlich auch der „Generalanzeiger“ zu der verpönten Abonnentenversicherung übergegangen. Und nun hat sich ein Wettkennen zwischen diesen beiden Blättern entsponnen: Heute erhöht der „Centralanzeiger“ seine Un-fallbeihilfe um so und so viel hundert Mark, und morgen fünden Mißspielplakate des „Generalanzeiger“ an, daß er seinen Lesern bei einem Unfälle noch weit mehr zahlen werde. Das Publikum aber denkt bei diesen so gepriesenen „Einrichtungen von hohem sozialen Werte“ leider gar nicht darüber nach, daß es sich dabei um ein Geschäfts-gebahren handelt, das von der eignen Standesvertretung der Zeitungsverleger entschiedene Verurteilung findet. In Hannover wird ein noch toller Spuk getrieben. Der „Hannoversche Anzeiger“, der im vergangenen Winter mit einer Puppenausstellung schon einen neuen Rekord ge-schlagen hatte, ahmt nämlich das vom „Hannoverschen Tageblatt“ gegebene Beispiel — die Veranstaltung von 60 billigen Vorstellungen im Residenztheater — nach, indem er das Deutsche Theater ebenfalls zu einer Reihe von Vorstellungen für seine Abonnenten gepachtet hat. Außer-dem wird der „Hannoversche Anzeiger“ seinen Lesern noch eine Anzahl billiger Dichter- und Liedichterverbände in diesem Winter bieten. Das dürfte wohl der „Meisterchaftsrekord“ für Deutschland sein. Einen pikanten Vergleichsmaßstab erhält das Konkurrenzstück des „Hannoverschen Anzeiger“ jedoch noch dadurch, daß der erste Redakteur dieses Blattes in seiner Eigenschaft als Vorleser des Goethebundes in Hannover eine Erklärung unterzeichnete, die sich gegen den das Ansehen der Presse gefährdenden Anflug der Ver-quickung von Zeitungs- und Theatergeschäft wendet! Wie wir schon vor einigen Wochen bei Aufdeckung der erstaunlichen Konkurrenzleistung der Firma Feinbach in Bunzlau (die dem preislichen Fortschritt für das An-zeigenmonopol der Holzverkäufe jährlich 60000 Mk. in den Schoß wirft durch Gratisaufnahme aller derartiger Bekanntmachungen der Fortverwaltungen in Preußen) ausführten, hat die Gehilfenschaft ein sehr berechtigtes Interesse an dieser wilden und allen geschäftlichen Chancen zuzuwiderlaufenden Jagd auf Käufer — Abonnenten. Zumal jetzt im Zeichen der Tarifrevision! Wenn wir auch nicht bestimmt und detailliert wissen, wie die beiden hannö-verschen Blätter und der Magdeburger „Generalanzeiger“ sich zu den Forderungen der Gehilfenschaft stellen, so gehen wir aber wohl kaum in der Umnähe fehl, daß sie mehr oder weniger bewilligungsunlustig sind, weil — nun, weil das Zeitungs-geschäft heutzutage gar nicht mehr

rentabel sein soll infolge der gesteigerten Ansprüche des Publikums. Daß man aber beim Publikum die un-sinnigsten Anforderungen geradezu großzügig tut, darüber wird wohlweislich geschwiegen. Von dem Verleger des „Centralanzeiger“ in Magdeburg haben wir es aber schwarz auf weiß, wie er zu den Anträgen der Gehilfenschaft bzw. zur Tarifgemeinschaft überhaupt steht. Nach den in der „Magdeburger Zeitung“ darüber erschienenen beiden Artikeln zu urteilen, verlagst das soziale Emp-finden für die Lage und die Forderungen der Gehilfenschaft bei den Herren Faber so ziemlich ganz. Sie be-kennen sich als „Mußpreußen“ in bezug auf die Tarif-gemeinschaft und haben nur ein Bedauern darüber, daß Dr. Kille die Sache der Opposition gegen das „Tari-fisch“ so schrecklich ungeschickt angefangen hat. „Soziale Taten“ in oder außerhalb des Geschäftes, das ist eben zweierlei. Bei den vorstehenden Ausführungen haben wir noch gar nicht in Betracht gezogen, was in puncto Rabattgewährung im Inseratengeschäft für haarsträubende Dinge geleistet werden. Wie hier oftmals kein Maß und Ziel zu finden ist im Entgegenkommen gegenüber dem Publikum, um so zugespitzter ist man dem Personale oder der Gesamtgehilfenschaft gegenüber bei den Erneuerungen des Tarifvertrages. Irgendwo muß halt dieser unsinnige Wettlauf um die Gunst des Publikums ja seinen Aus-gleich finden.

Schriftseher, Chauffeur und männliches Mo-bell ist ein gewisser Alois Schwab aus München, der es trotz seiner erst 23 Jahre schon zu einem ansehnlichen Straftat gebracht hat. Als Schwab einmal bei einem Maler in Frankfurt a. M. Alt stand, produzierte er sich auch als Zauberkünstler, d. h. er ließ einen Fünfsigmar-tschin verschwinden. Nun soll er wieder eine andre Kunst ausüben, nämlich vier Monate Dürten kleben in Preunges-heim.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Billingen überholten die freien Gewerkschaften die Christlichen mit 18 Stimmen; die Letzteren erhielten 174.

Die massenhafte Heranziehung ausländischer Arbeiter nach dem rheinisch-westfälischen Industrie-bereiche einzuschränken wäre eine Anordnung der Polizei-verwaltung in Essen sehr wohl geeignet. Die dortigen Werke und Unternehmer wurden davon in Kenntnis ge-etzt, daß die weitere Einstellung von Arbeitern russischer, litauischer bzw. ausländisch-polnischer Nationalität unter keinen Umständen gebuldet werden kann. In neuerer Zeit trotzdem Zugehende werden alsbald aus Preußen ausgewiesen werden. Den sich schon längere Zeit in Essen aufhaltenden ausländischen Arbeitern der bezeichneteren Art wird zum Verlassen des Staatsgebietes eine Frist bis zum 20. Dezember d. J. gewährt. Diese Maßnahme, die die Fernhaltung von Lohnrückern aus dem östlichen Reservoir der Willigen und der Willigen mit im Gesolge hat, ist aber gewiß nicht von Erwägungen aus veranlaßt, welche einen Protest gegen den massenhaften Import aus-ländischer Lohnrückere bedeuten, vielmehr wird der Grund hierfür in staatspolitischen Bedenken zu suchen sein. Die Wirkung dieser Anordnung können sich die Arbeiter gleich-wohl gefallen lassen, vorausgesetzt, daß die betreffenden Unternehmer auch die Kosten des Rücktransportes der herbeigeholten Menschennengen zu tragen haben.

Gegen die Schaffung von Baukontrollleuten aus dem Arbeiterstande hat sich auch der deutsche Handwerker- und Gewerbeverband, welcher Anfang dieses Monats in Nürnberg stattfand, ausgesprochen. Was bei dem rückschrittlichen Charakter dieser Vertretung des Handwerkerstandes freilich nicht im geringsten wunder-nimmt.

Das in Nr. 104 erwähnte Urteil wegen Lokal-boikott des Schöffengerichtes Bremerhaven gegen den Expedienten der „Norddeutschen Volksstimme“ und Vor-sitzenden der Boykottkommission, Kurth, der 18 Tage Haft erhielt, ist vom Landgerichte Bremen aufgehoben worden. Selbst der Staatsanwalt hielt im Hinblick auf das be-kannte Reichsgerichtserkenntnis eine Verurteilung für aus-geschlossen.

Die Erfolge der Lungenheilstätten stellen sich, wenn man nach den von der Lungenheilstätte der badischen Versicherungsanstalt erzielten Resultaten verallgemeinern wollte, folgendermaßen: Bei 748 Kranken war die Kur von vollem Erfolge = 43,49 Proz. (1904: 52,37 Proz.), bei 304 Kranken von teilweisem Erfolge = 17,68 Proz. (15,63 Proz.), bei 14 Kranken hatte die Kur keinen Er-folg = 0,81 Proz. (1,72 Proz.), bei 654 Kranken wurde die Kur vorzeitig abgebrochen = 38,02 Proz. (30,28 Proz.). Der vorzeitige Abbruch erfolgte teilweise aus eigener Ent-scheidung der Patienten, meist aber, weil Tuberkulose nicht vorlag oder zu weit vorgeschritten war.

Einen Rückgang um rund 70 Millionen Kilo-gramm hat in Deutschland der Fleischkonsum im ersten Halbjahre 1906 genommen. Nach den Ausweisen der amtlichen Schlachtvieh- und Fleischschau wurden gegen

die ersten sechs Monate 1905 in denen des laufenden Jahres weniger geschlachtet: 848427 Schweine, 138967 Kälber, Rindvieh (außer Kälber) kamen aber 34442 Stück mehr zur Abschachtung. Das zweite Quartal 1906 zeigt jedoch auch hier einen Rückgang von 7060 Stück Rind-vieh gegen den gleichen Zeitraum von 1905, während das erste ein Plus von 41502 gegen das gleiche von 1905 aufwies. Zieht man die ganz erhebliche Zunahme der Bevölkerung in Betracht, so gewinnt der Rückgang im Fleischverbrauch noch an schlimmer Bedeutung für die Volksgesundheit.

In Köln sollte am gestrigen Tage eine Aussperrung der Mehrzahl der zum Baugewerbe zählenden Arbeiter-gruppen in Kraft treten, um die streikenden Maier, Dach-decker und Bauklemmer zur Aufnahme der Arbeit zu zwingen. Vor der Aussperrung sollen die Unorganisierten sowie die Mitglieder des christlichen Holzarbeiterverbandes verschont bleiben, weil letztere im vorjährigen Herbst bei den Unternehmern bei dem Holzarbeiterstreik in Köln treu zur Seite gestanden und die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes unterzukriegen erfolgreich geholfen haben. Das ist eine klatschende Ohrfeige für diese christ-liche Gemerkschaft, die sich geradezu schamlos bei dem erwählten vorjährigen Kampfe benommen hat. — Die Ballschuhmacher Berlins sind in der Zahl von 400 Mann in den Streik getreten. — Nach einem Kampfe von 18 Wochen haben die Maurer in Reichenbach i. S. einen annehmbaren Erfolg errungen.

Die Drauer sind nunmehr im ganzen Großherzog-tum Luxemburg in den Zustand getreten. — Wegen eines Ausstandes in zwei Wäschereibetrieben haben die Unternehmer von Berviers die Aussperrung aller in-dustriellen Arbeiter beschloffen; das würden 20000 Personen sein. — Im französischen Departement Hérault haben die Fuhrleute ihre Tätigkeit eingestellt, weil man ihnen die Sonntagsruhe verweigert. — In Wubapest sollen sämtliche Bauarbeiter ausgesperrt werden. — Die Reisarbeiter des Kreises Percelli in Italien haben einen vollständigen Sieg errungen. — Die böhmi-schen Bergleute, von denen einige Blätter noch in den letzten Tagen berichteten, sie wollten den Generalstreik eröffnen, sind unterlegen.

Briefkasten.

M. W. in Lübeck: Besten Dank, wir wollen aber vor-läufig nicht weiter darauf eingehen. — A. F. in Her-lohn: Besten Dank und Gruß! War eine böse Zeit, aber die Benutzung hat doch geiegt. — F. W. in Gufum: Sehr gut gemeint, aber undurchführbar. Wir werden Ihren Artikel aber trotzdem zu gelegener Zeit abdrucken, weil er uns für gewisse Dinge symptomatisch erscheint, aller-dings auch mit unfer angeschlossenem sachlichen Meinung nicht zurückhalten. — Mm.: Wir wollen dieses Thema vorläufig abbrechen, weil sich nach der Tarifverhand-lungen reichlich Gelegenheit dazu bieten wird. Dann muß dieser Punkt auch sehr taktisch behandelt werden.

G. W. in Nürnberg: Der eingedachte Artikel des „Führer Centralanzeiger“ ist wörtlich der Korrespondenz des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie entnommen. Was aus einer so trüben Quelle gegen die Tarifgemeinschaft bzw. unsern Verband kommt, würden wir wohl am besten durch Nichtbeachtung. — A. D. in Rempten: Auf Ihre Anfrage diene Ihnen zum Bescheide, daß das neue Buchdruckerleberbuch Ende dieses Jahres erscheint. Wenn Ihnen vorher mit irgend etwas gebient sein kann, so ist Kr. bereit, einen solchen Wunsch zu er-füllen. — G. K. in A.: Sie haben recht — umgekehrt wird ein Schuh daraus. — Wamberg: 3,05 Mk. — W. W. in Greifswald: Der § 36 des Tarifges gibt Ihnen darüber genaue Auskunft; doch ist für Ihren Fall dort keine Ent-schädigung vorgesehen. — M. S. in Hamburg: 3,30 Mk. — G. in Breslau: Für die Allgemeinheit sind doch nur die Adressen der Vorstehen und Kassierer von Wert; weitere Namen bzw. Wahlergebnisse kommen unter „Ver-bandsnachrichten“ nicht mehr zur Veröffentlichung.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5. III.

Adressenverzeichnis.

Da das Adressenverzeichnis am 1. Oktober neu erscheinen soll, ersuchen wir diejenigen Herren Bezirksvorsitzer und -kassierer, welche seit Erscheinen des letzten Verzeichnisses (1. April 1906) verzogen sind, oder wo durch Neuwahl des Vorstehenden oder Kassierers eine Veränderung ein-getreten ist, diese Veränderung in den Adressen möglichst umgehebt — spätestens aber bis zum 24. September — der Hauptverwaltung, Berlin, Chamissoplatz 5, III, mit-zuteilen. Auch wollen diejenigen Herren, welche später (im Oktober) verziehen, wenn möglich die neue Adresse eben-falls angeben.
Berlin.
Hauptverwaltung.

Bekanntmachung.

In den nächsten Tagen gehen den verehrlichen Gauvorständen neue „Statistikarten über die Arbeitslosigkeit“ für das Kaiserlich Statistische Amt für vorläufig vier Quartale mit dem Ersuchen zu, dieselben sofort nach Erhalt den Bezirks- resp. Mitgliedsvorständen zu übersenden, da sie schon für das dritte Quartal Verwendung finden sollen. Wir machen hierbei besonders auf die Veränderung in den Kolonnen 3 und 4 aufmerksam. — Als arbeitslose Tage sind nur die wirklichen Arbeitsstage anzugeben, also die Woche zu 6 Tagen, und die arbeitslosen Tage von Gemäßregelten sind ganz auszuschalten. — Als letzter Tag für Einsendung der ausgefüllten Karten an uns gilt vom 1. Oktober ab der 13. Tag nach vollendetem Quartale, also für die nächste Einsendung der 13. Oktober.

Berlin. Der Verbandsvorstand.

Magdeburg. Der Schriftgießer Karl Bippwald aus Oßesa und der Seher Rudolf Hichert aus Wolbegt werden ersucht, ihre Adressen baldigst an W. Reimert, Albrechtstraße 4, gelangen zu lassen.

Mülheim a. Ruhr. Der Seher Johs. Daubenfeld wird hiermit aufgefordert, sofort seine restierenden Beiträge einzusenden, andernfalls Ausschluß zu gewärtigen ist.

Adressenveränderungen.

Bezirk **Strasbourg i. S.** Kassierer: W. Durth, Steinring 60, I.

Arbeitslofenunterstützung.

Beuthen (O.-Schl.). Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich der Verkehr nicht mehr bei Frau U. Reisch befindet, sondern beim Restaurateur O. Bösdorf, Große Blottmischstraße 36 (vom 1. Oktober ab Tarnowitzerstraße 22) gegenüber der neuen Kirche.

Bielefeld. Bei dem hiesigen Reisekasserverwalter liegt ein Brief für den Kollegen Wilhelm Saabs aus Stolp i. P. von der Buchdruckerberufsgenossenschaft.

Versammlungskalender.

Beuthen (O.-Schl.). Bezirksversammlung Mitte Oktober in Beuthen. Anträge sind bis zum 8. Oktober an den Vorsitzenden einzureichen. Datum und Tagesordnung wird durch Zirkular bekannt gegeben werden.

Freiburg i. Br. Bezirksversammlung Sonntag den 14. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Großen Bierkellergaal“ (Bierbrauerei). Anträge sind bis zum 8. Oktober an den Vorsitzenden einzureichen. Näheres durch Wochenbericht.

Sörlitz. Bezirksversammlung Sonnabend den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Felsenkeller“, Sonnenstraße.

Halberstadt. Bezirksversammlung Sonnabend den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Hamburg. Sitzung des Wohlthätigkeitsausschusses Sonntag den 23. September, vormittags 11 Uhr, im Vereinsbureau, Kaiser Wilhelmstraße 40, I.

Magdeburg. Maschinenmeisterversammlung Sonnabend den 22. September, abends 8 Uhr, im obern Saale der „Reichshalle“.

München. Maschinenmeisterversammlung Samstag den 22. September, abends 8 Uhr, im Restaurant „Zum Tannenbaum“.

Plauen i. B. Bezirksversammlung Sonnabend den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Ehrental“, Föhnigerstr.

Saarbrücken-St. Johann. Bezirksversammlung Sonntag den 21. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, in Böttingen (Saar). Gehilfen „Germania“ (Meisterlokal). Die Tagesordnung erhalten die Mitglieder durch Zirkular. Anträge sind bis zum 13. Oktober beim Vorsitzenden einzureichen.

Zwickau. Maschinenmeisterversammlung Sonnabend den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Belvedere“.

Zentralverein der Buchdrucker und Schriftgießer Böhmens.

Reichenberg i. B. Die Herren Vereinsfunktionäre werden ersucht, den Aufenthalt des Sehers Otto Thieme aus Freiberg i. S. gefälligst an Franz Dworak, Ruppertsdorferstraße 23, bekannt zu geben.

Sarifant der Deutschen Buchdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239. Briefadresse: z. B. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.

Dritter Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1906.

(Begründete Einwendungen gegen die Aufnahme einer Firma sind spätestens innerhalb 14 Tagen einzureichen.)

I. Kreis.

Hamburg: Sellhorn & Osterbrügge.

II. Kreis.

Magdeburg: Gottfr. Doh. Wwe. (Znh. Ferd. Doh.).

Dillingen-Saar: Emmerich & Finé.

Kirn: Liebe, Richard.

Oberhausen: Wolters, Friedhelm.

III. Kreis.

Büdingen: Jockel, Wilhelm.

IV. Kreis.

Bonnbrorf: Beschle, Leo.

Freiburg i. Br.: Günther, Ernst W.

Börrach: Günther, Frig.

Ludwigsburg: Wiber & Graf.

Mannheim: Eichert, Peter.

Stodach: Willi, Karl.

V. Kreis.

Dorfen: März, P. (Böps Nachf.).

Milberthshofen: Münchener Vorortzeitung.

VI. Kreis.

Jimenau: Feimstädt, Paul.

Reuthalbenleben: Graub, C. A.

Weserlingen: Rath, Friedrich.

VII. Kreis.

Rue i. S.: Deuthner, C. M.

Cheunitz: Rurh & Gaiuch.

Dresden: U. Eichlers Verlag; Dresdener Romanverlag (H. Remert).

Leipzig: Thieme, Karl.

VIII. Kreis.

Berlin: Nielsen, Aug.; Schneider, Rud.; Seidler, M.; Stein, Louis (Allg. Sportzeitung).

Charlottenburg: Fagel, Wilhelm.

IX. Kreis.

Flatow: Brandt, R. G.

Gottesberg: Hensel, Oskar.

Aus dem Verzeichnisse der tariftreuen Druckereien gestrichen wurden die Firmen:

VIII. Kreis: Georg König-Berlin; D. Spornbad-Berlin; Franz Jänisch-Fürstenwalde a. d. Spree.

Der Gehilfenvertreter für den VI. Tarifkreis, Hugo König, wohnt ab 1. Oktober Albrechtstraße 19, Hof III.

Schiedsgericht Hamburg: Gehilfenvorsitzender: Aug. Blume, Hamburg 24, Hojenfelder Park 41.

Arbeitsnachweis Hamburg ab 1. Oktober: Verwalter A. Demuth, Besenbinderhof 57, Fernsprecher Amt V. 7130.

Berlin, 17. September 1906.

Georg W. Bürgstein, R. G. Giesecke, Prinzipalvorsitzender, Gehilfenvorsitzender. Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Erster Akzidenzseker

mit modernem Materiale vertraut, sowie tüchtiger Katalogseker von größerer Drucker Hamburgs gesucht. Ausdrückliche Angebote bittet man unter Nr. 806 an die Geschäftsstelle d. Bl. zu richten.

Dauernde Kondition!

Einen gewissen, tüchtigen Akzidenzseker, nicht einfache Choralnoten, natürlich auch in anderen Gattungen bewandert, sucht zu sofortigen Antritt Buchdruckerei Otto Lange, Berlin C 13, Seydelstraße 27.

Gewandter Stempelseker

für dauernd gesucht. H. G. Jachs, Frankfurt a. M.

Tüchtigen, älteren Schweizerdegen jüngerer Seker

mit Deutscher Gasmotor vertraut sowie verlangt wegen Abgang der bisherigen zum Militär sofort C. Wilmanns Buchdruckerei, Ruffin-Witkade.

Illustrations- u. Buntdrucker

für feinsten Katalog- und Dreifarben-Druck, ferner

Erster Akzidenzdrucker

für Viktoria- und Schnellpresse, ebenfalls im Farben-Druck erfahren, für bald gesucht. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen und Angabe jetziger Tätigkeit unter Nr. 805 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbitten. — Es wird nur auf erste Kräfte rekrutiert.

Jüngerer

Maschinenmeister

flotter Arbeiter, tüchtig im Akzidenz- und Werkdruck, zum 24. September gesucht. Werte Offerten erbittet F. C. Saag, Meile i. Hann.

Tüchtige Zeuggraveure

gesucht. Gebr. Bingspor (vorm. Rudhardsche Sieberei), Hombach a. W.

Tüchtiger Stempelschneider

für Zeug und Stahlsticht sofort in dauernde Stellung gesucht. Schriftgießerei C. F. Bühl, Leipzig Brunnstraße 7.

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer

In der Galvanoplastischen Anstalt, Friedrichstraße 16, haben sämtliche Stereotypen-, Galvanoplastiker und Hilfsarbeiter ihre Kündigung eingereicht wegen unqualifizierbarer Handlungsweise des Geschäftsführers.

Bei etwaigen Konditionsangeboten sind vorher Erkundigungen einzuziehen beim Gauvorsitzer Albert Massini, Ritterstraße 88.

Einige Zunderhandlungen ziehen die statutgemäßen Konsequenzen nach sich. Der Gauvorstand. [824]

Maschinenmeisterverein Hamburg-Altonaer Buchdrucker.

Sonntag den 23. September, nachmittags 4 Uhr, findet im Neubau der „Produktion“, Ecke Lohpoppel- und Schleidenstraße in Harmbach, eine

Abendunterhaltung

bestehend in Tanz und Vorträgen statt. Hierzu laden wir unsere Mitglieder nebst deren Damen wie die Freunde des Vereins aufs dringendste ein und ersucht zahlreicher Besuch Der Vorstand.

Militärreiter korrekter Seker

für Werk-, Zeitungs- und leichten Akzidenz-Druck zum 1. Oktober tarifliche Stellung. Werte Offerten erbitten an G. Kreißl, Geschäftsstelle des Fuhrart.-Bts. 13, 11. m. Karlsruh. 47. [824]

Galvanoplastiker

erfahren in Stereotypie, sucht zum 1. Oktober event. früher tarifl. Kondition. Werte Offerten unter D. C. 290 postl. Dresden, Lößtau. [820]

Druckereigraber.

Zum 1. Oktober 1906 oder später suche in Berlin oder umgegend Stellung als

Lang- in gr. Offizin tätig gewesen, selbständige erste Kraft. Spezialität: Wiederherstellung beim Druck verunglückter Zeichnungen u. Galvanos; alle Korrekturen, Lösungen usw. schnell und sauber. Werte Offerten unter A. Z. 823 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbitten.

Jeder vorwärtsstrebende Akzidenzseker muß sich das mit etwa 300 Sachbeispielen zeitgemäßer Enten ausgestattete Heft: „Neuzeitliche Enten für Akzidenzseker“, für 1 Mk. von Alfred Wendler, Danzig, unbedingt schicken. [824]

Fünffarbige Wappen und Gutenberg-Artikel

Technische Gegenstände als: Ahlen, Pinzotten, Zurlichtmesser, Zurlichtscharen, Winkelhaken usw. Graph. Verlagsanstalt P. Goldschmidt, Halle a. d. Saale. [815]



Typographia

Gesangsverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Sonabend den 22. September in den „Sophienhöfen“, Sophienstraße 18:

27. Stiftungsfest

bestehend in

Konzert und Ball.

Mitwirkende: Frau Paula Weinbaum (Gesang), Frau Marg. Althoff (Regitation) und Georg Seeliner Alt-Crio.

Eintritt 9 Uhr. Eintritt für Mitglieder frei, für Gäste 50 Pf.

Die Mitglieder werden gebeten, ihre Eintrittskarten bis Donnerstag den 20. September abzugeben. Der Vorstand.

Leipziger Korrektorenverein.

Sonabend den 22. September, ab. 8 1/2 Uhr: zur Feier des zweiten Stiftungsfestes im Rest. „Johannisstahl“, Sophienstraße 25. [830]

Lübeck. Ausstellung der Johannisfest-Drucksachen

Sonntag den 23. September im Vereinslokale, Weßhof von morgens 10 bis abds. 8 Uhr. [817]

„Typograph. Jahrbücher“

Jahrg. 1902, 1903, 1904 u. 1905 gibt ab z. B. Preis von 6 Mk. F. Schröder, Bremen, Runters 17.

Einhang zum Tarife! à 13 Pf. einschließlich Porto nach zu haben von Konrad Eichler, Leipzig, Salomonstraße 8.

Der Schriftseker Gustav Schröder wird hiermit gebeten, seine Adresse beifolgende Zeugen auszusagen zu lassen. Ansuchen werden ergegnet. Hermann Gundlach, Bachstraße 28, [822]

Seher Julius Wolf aus München erfordere ich hiermit, auf mir das ihm gebühr. Darlehen von 12 Mk. bis 25. d. M. einzuh., andernf. ich m. Schritte untern. E. S. Hamburg 30, Börsenstr. 6, Sts. 3, I. [822]

Am 14. September verschied unser lieber treuer Kollege

Friedrich Messerschmidt

im 26. Lebensjahre an der Brustkrankheit. Ein treues Andenken wird ihm bewahren. Der Ortsverein Bamberg. [816]

Am 11. September verstarb unser wertvolles Mitglied, der Gieslerinvalid

August Dittner

im 56. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm. Der Verein der in Schriftgessereien beschäff. Arbeiter und Arbeiterinnen Hamburg-Altonas. [821]

Anton Hörl.

Wegen seines aufrichtigen und kollegialen Wesens werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Würzburg, den 16. September 1906. Die Verbandsmitglieder der J. M. Richterschen Kgl. Hofbuchdruckerei Würzburg. [827]

Anton Hörl

aus Würzburg im Alter von 88 Jahren. Dem Verstorbenen wird allezeit ein ehrendes Andenken bewahren. Die Mitgliedschaft Würzburg. [827]

Anton Hörl

Am 16. September verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer

Anton Hörl

aus Würzburg im Alter von 88 Jahren. Dem Verstorbenen wird allezeit ein ehrendes Andenken bewahren. Die Mitgliedschaft Würzburg. [827]

Offertenbriefe

sind ausschließlich an die Geschäftsstelle des „Korr.“ (Roman Giesler), Leipzig, Salomonstr. 8, zu senden. Offertenbriefe ohne Freimarke können nicht berücksichtigt werden. Die Geschäftsstelle des „Korr.“